

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/53. Jahrgang

November 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

Ukraine-Krieg als Schlachtfeld zum Dritten Weltkrieg

Der Krieg in der Ukraine ist ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem von der USA-geführten Kriegsverbündnis der NATO.

Dieser Krieg begann nicht 2022, sondern 2014 als Bürgerkrieg. Allerdings lassen sich die Ereignisse des sogenannten *Euromaidan* 2014 nicht ohne die direkte Einmischung der USA verstehen. Vor allem die Unterstützung und Ausbildung paramilitärischer Einheiten für den Einsatz auf dem Maidan spielen dabei eine wichtige Rolle.

Der Preis, den die Ukraine für ihre Rolle als Schlachtfeld bei diesem Stellvertreterkrieg spielt, ist hoch. Die ukrainische Arbeiterklasse ist mit einer Inflationsrate von 30% und einer Arbeitslosenquote von 28,2% konfrontiert. Insgesamt steht das Land vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. Die Weltbank

„Dass Du Dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, wirst Du doch einsehen!“

Bertolt Brecht

Für Heizung, Brot und Frieden 

DKP 

unsere-zeit.de

zufolge wird der Wiederaufbau der bisherigen Zerstörungen durch den Krieg mindestens 349 Mrd. Dollar kosten. Acht Monate nach Beginn des Krieges sind ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung Binnenvertriebene und 60% leben unter der nationalen Armutsgrenze.

Dieser Krieg ist Teil eines Krieges, den die USA seit 1990 (Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Libyen, Syrien etc.) führen. Der US-Geostratege Brzezinski beschreibt in seinem 1997 veröffentlichten Buch "The Grand Chessboard" (dt.: die einzige Weltmacht) Ziele und Gegner in

Fortsetzung auf Seite 2

prognostizierte einen Rückgang der Wirtschaft um 35%. Schätzungen

Strompreis – Politik sichert Gewinne

Der Preis an der Strombörse wird auf eine absurde Weise festgelegt: Unterschiedliche Stromerzeuger haben unterschiedlich hohe Kosten. Bei Gaskraftwerken ohne Kraft-Wärme-Kopplung sind sie am höchsten, deswegen werden solche Erzeuger nur zugeschaltet, wenn es unbedingt nötig ist. Die EU-Kommission hat sich ausgedacht und vorgeschrieben, dass für den gesamten gehandelten Strom der Preis des

mit Gas erzeugten Anteils gilt, auch wenn es nur einige Prozent sind. Alle anderen Beteiligten wie Wind- und Solaranlagen, Kern-, Kohle- und Ölkraftwerke können dadurch sehr hohe Gewinne machen.

Nach dem politisch gewollten Gasmangel hat sich der Preis für Gas vervielfacht, entsprechend hoch ist der Preis für mit Gas

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Leserbrief / Rettet die Bäume am Schwanenteich	S. 2
Ruiniert die Rhön AG die Unikliniken / Parlament: behindertengerecht?	S. 3
Goldener Miethai 2022 / Umgehungsstraße Reiskirchen	S. 4
Lauterbachs Klinikkommission / Kernkraftwerke	S. 5
Wahl Niedersachsen / CETA	S. 6
Hartz IV heißt jetzt Bürgergeld	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP 

Fortsetzung von Seite 1

Ukraine-Krieg als Schlachtfeld zum Dritten Weltkrieg

diesem Krieg. Es geht darum, nach der Niederlage der UdSSR die Rolle der USA als der die Welt beherrschende Macht zu sichern. Zwei Gegner sind dabei von zentraler Bedeutung: Russland und China. Dabei kommt China aufgrund seiner ökonomischen Stärke die größere Bedeutung zu. Mit dem Krieg in der Ukraine scheint eine entscheidende Phase eingetreten zu sein. In der neuen nationalen Sicherheitsstrategie sagt Biden offen, um was

es geht: Amerikas globale Hegemonie durch militärische Gewalt zu "gewinnen". „Sieg im Wettbewerb um das 21. Jahrhundert“. Das Dokument beruht auf Trumps Verteidigungsstrategie von 2018.

Der Dritte Weltkrieg hat noch nicht begonnen, aber die imperialistische Einmischung, die bisherigen kriegerischen Auseinandersetzungen und jetzt der Krieg in der Ukraine haben ihn bereits eingeleitet.

Henning Mächerle

Fortsetzung von Seite 1

Strompreis – Politik sichert Gewinne

erzeugten Strom. Die Gewinne der anderen Stromerzeuger haben sich also vervielfacht. Die zuständige EU-Kommission war immerhin so vernünftig, den Zwang zur Preisbindung an den Gaspreis aufzuheben. In einigen Staaten wie Spanien und Frankreich wurde das auch umgehend geändert. Nicht so in Deutschland, hier bestimmt immer noch der Gaspreis die Kosten für an der Börse gehandelte elektrische

Energie. Die so erzielten Extragewinne werden nicht einmal zusätzlich versteuert.

Der für das gesamte Privat- und Wirtschaftsleben notwendige Strom sollte überhaupt nicht an Börsen gehandelt, sondern unter gesellschaftlicher Kontrolle erzeugt und verteilt werden – dann bräuchte niemand mehr Angst vor der nächsten Stromrechnung haben.

Gernot Linhart

Leserbrief: Nur vergessen?

Gemeint sind die Artikel 106 und 107 der UN-Charta. Diese wurden in Folge der allgemeinen Russenhysterie, des Aufrüstungs- und Kriegswahns der USA und der EU geflissentlich übergangen. Diese verleihen Russland als Rechtsnachfolger des Siegers des Zweiten Weltkrieges das Recht, alle Maßnahmen, auch militärische, gegen Deutschland, die Ukraine und andere genannte Staaten für Versuche den Faschismus wiederzubeleben, anzuwenden.

UN-Generalsekretär António Guterres war überrascht, als er von Putin erfuhr, dass es diese Artikel in der UN-Charta gibt, die die Durchführung einer russischen Spezialoperation in der Ukraine erlaubt.

Uwe Moldenhauer



Rettet die Bäume am Schwanenteich

Liebe Gießener, unterschreibt das Bürgerbegehren, sammelt Unterschriften! Helft mit!

Bäume vor dem Zugriff der politisch Verantwortlichen in der Stadtregierung zu retten ist eine Spezialität der Gießener Bürger. Bereits vor zehn Jahren schlug die Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“ den undurchdachten und naturfeindlichen Plänen der Politiker und Geschäftemacher ein Schnippchen. Über 5000 Bürger befürworteten ein Bürgerbegehren.

Jetzt müssen sich wieder alle der idiotischen Pläne erwehren, die über 80 Bäume und zahlreichen Gebüsche ohne Not die Existenz kosten. Naturschonende Alternativen zum Stopfen der wenigen Löcher unter dem Weg, von einem Fachmann ausgearbeitet, wurden von den Stadtverordneten abgewiesen. Und das in Zeiten von Klimaveränderungen. Die Gießener Grüne Partei und ihre Abnicker, SPD, Linke und FW im Parlament, haben nichts aus der Geschichte gelernt.

Erneut hat sich eine Bürgerinitiative gegründet: „Rettet die Bäume am Schwanenteich“. Viele junge Mitstreiter sind neu dazugekommen. Sie beschlossen, eine Unterschriftensammlung für ein Bürger-

begehren zu initiieren. Samstags auf dem Seltersweg (gegenüber Tchibo), vor Einkaufszentren und in den Vereinen werden seitdem Unterschriften gesammelt.

Wir von der DKP sind Teil dieser Initiative. Wir prangern die Naturzerstörung und die Verschwendung von Steuergeldern an: 1,2 Mio. Euro soll dieser städtische Unsinn kosten, ca. 16.000 Euro die bessere Alternative. Unsere Stadtverordnete, Martina Lennartz, hat die unausgereiften städtischen Pläne strikt abgelehnt. Jedes Mitglied von uns sammelt Unterschriften, damit der Weg am Schwanenteich auch an heißen Sommertagen begehbar bleibt. Rettet den lauschigsten Spazierweg in Gießen!

Kontaktadresse der Bürgerinitiative:

schwanenteich.gi@gmx.de

Homepages:

teicheinderwieseckae.de
biwieseckae.de

M. Berger



Ruiniert die Rhön AG die Unikliniken?



„Wir wollen der beste Arbeitgeber in Mittelhessen werden“ („Arbeitgeber“ nennen sich diejenigen, die mit der Arbeit anderer Profit machen) – das verkündigte vor einigen Jahren der Vorstand der Rhön AG, Betreiber des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) in einer Neujahrsbotschaft. Die betroffenen Beschäftigten konnten darüber nur den Kopf schütteln. Sie hatten dieses Unternehmen von einer ganz anderen Seite kennengelernt: Arbeitshetze, schlechte Bezahlung, keine Wertschätzung, schlechtes Betriebsklima, kaum Aufstiegschancen.

Seit dem Verkauf der Rhön AG an den Konzern Asklepios (die Rhön AG ist für das UKGM verantwortlich geblieben) ist alles noch schlimmer geworden. In den meisten Kliniken dieses Konzerns gibt es keinen Betriebsrat und keinen Tarifvertrag. Ausgliederung von Teilbereichen, betriebsbedingte Kündigungen, Nichtübernahme von Ausgebildeten u.ä. gehören zum Geschäftsmodell.

Mit dem UKGM hat Asklepios sich aber einen Betrieb eingehandelt, in

dem Betriebsräte und Tarifverträge selbstverständlich sind und in dem es eine kampferprobte Belegschaft gibt. Um sich durchzusetzen, betreibt der Konzern eine Hinhalte-taktik. Anfang dieses Jahres erhielt er vom Land Hessen eine Zusage, nach der in den nächsten zehn Jahren 500 Mio. Euro für Investitionen vom Land gezahlt werden sollten. Als Gegenleistung sollte auf Gewinnentnahmen, Ausgliederungen und betriebsbedingte Kündigungen verzichtet werden. Da es Asklepios aber nur um Profit geht, hat der Vorstand die Unterschrift unter dem Vertrag verweigert, zusätzlich wurde ein gültiger Zukunftsvertrag gekündigt. Dagegen wehrt sich das Personal. Im September streikte es erst zwei Tage, ein Teil der Belegschaft fuhr nach Wiesbaden, um vor dem Wissenschaftsministerium Kampfbereitschaft zu demonstrieren. Im Oktober gab es eine „aktive Mittagspause“, bei der 170 Beschäftigte vor dem Haupteingang einen neuen Zukunftsvertrag, bessere Arbeits-

bedingungen und mehr Geld forder-ten.

Jetzt schalteten sich auch die Direktoren der Kliniken in Marburg und Gießen ein. Sie wiesen darauf hin, dass die Rhön AG die Zukunft des UKGM und damit die Gesundheitsversorgung in Mittelhessen sowie Forschung und Lehre gefährdet. Für den Fall, dass Asklepios nicht einlenkt, brachten sie die Wiedervergesellschaftung der Kliniken ins Gespräch. Inzwischen trat der Vorstandsvorsitzende der Rhön AG Höftberger zurück und wurde durch einen anderen Asklepios-Manager, Tobias Kaltenbach, ersetzt. Am Geschäftsgebaren des Konzerns wird sich dadurch nichts ändern. Die hessische Landesregierung darf sich nicht weiter auf der Nase herumtanzen lassen. Die Profitorientierung eines Konzerns darf die Krankenversorgung und medizinische Ausbildung in Mittelhessen nicht gefährden.

Gernot Linhart

Aus dem Parlament: behindertengerecht? Die Stadt prüft und prüft und prüft...

2019 stellte unsere DKP-Abgeordnete Martina Lennartz, damals noch in der Fraktion der „Gießener Linke“, im Stadtparlament einen Antrag, das Standesamt barrierefrei umzugestalten. Die anderen Fraktionen konnten diesen Antrag nicht, wie damals bei Anträgen der Linken üblich, ablehnen. Ein solcher Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention von 2008 hätte zu Empörung und Aufsehen in der Öffentlichkeit geführt. Also wurde der Antrag auf „unabhängige Lebensführung“ und „volle Teilhabe in allen Lebensbereichen“ von Menschen mit Behinderungen auf die Prüfbank geschoben.

Drei lange Jahre wurde Tag und Nacht im Schweiß des parlamentarischen Angesichts geprüft und geprüft. Oder etwa nicht?

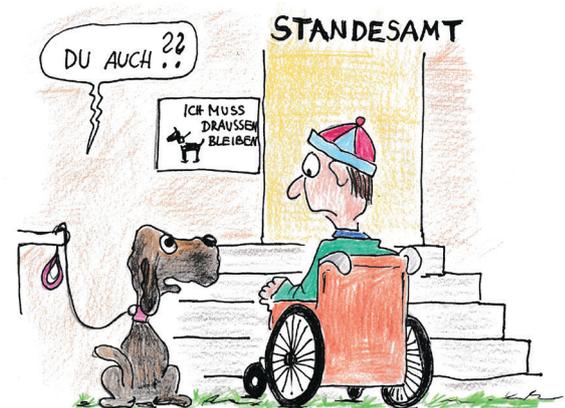
Im Juni verließ Martina Lennartz die Geduld, sie fragte nach.

Drei Monate brauchte die Stadt-

verwaltung, um eine Antwort zu formulieren. Wer beruhigend findet, dass „erste Ergebnisse vorliegen“, sollte nicht vorschnell denken. Natürlich wurde die hessische Denkmalbehörde eingeschaltet, eine Machbarkeitsstudie beauftragt, „organisatorische Maßnahmen geprüft“.

Ende März 2023 soll es konkret werden: Kostenermittlung und Finanzplanung. Und wenn das Geld inzwischen für Baumfällungen am Schwanenteich ausgegeben wird, zieht sich dieser Planungsprozess wohl bis zum Sankt-Nimmerleinstag hin.

Und die Betroffenen, die bis dahin heiraten wollen? Stadträtin Eibelshäuser (SPD) verteilt sie auf nüchterne Räume im Stadthaus, je nachdem wo frei ist. Von ehrlichem Interesse an Gleichstellung ist bei



der Stadt keine Spur zu finden.

Mit Sorge schauen wir auf den diesjährigen Weihnachtsmarkt. Ob das Ordnungsamt in diesem Jahr darauf achtet, dass die Buden ohne Stolperfallen für Menschen mit Handicap aufgebaut und die festgelegten Laufwege nicht zugestellt werden?

M. Berger

Pöbel crasht Gala – die Verleihung des Goldenen Miethais 2022

Im Oktober war es so weit, die begehrte Trophäe „der Goldene Miethai“ wurde im Rahmen einer prunkvollen Gala mit Glanz & Gloria an den Wettener Millionär Mister Pimmelkai verliehen.

„Endlich mal wieder ein schillerndes *Get Together* der Reichen und Schönen, ein Abend für die oberen 1%. Mein Name ist Esistniegenug und ich möchte Sie stellvertretend für die Stiftung für Gentrifizierung e. V. herzlich willkommen heißen“. Charmanter als die Polizei erlaubt, führte von Esistniegenug durch den Abend. Die Laudatio auf den diesjährigen Preisträger hielt das reizende Jurymitglied Dr. Jana Erika Rüpel, die Geschäftsführerin der GAZ. Sie stellte die kreative Vertreibungspolitik des Geschäftsführers der Miet- & Vertreibungs-GmbH heraus: Abdrehen von warmen Wasser und der Heizung

über den Winter, Security zum Einschüchtern der Mieter:innen und schließlich „Einstweilige Verfügungen mit der Drohung einer Viertel Millionen Euro oder sechs Monate Haft für diejenigen, die nicht verstanden haben, dass Eigentum in unserer Gesellschaft heilig ist.“ Mit tosendem Applaus wurde der Preisträger des Goldenen Miethais willkommen geheißen: Mister Pimmelkai! In seiner Dankesrede stellte er die unterstützende Rolle der GAZ heraus: „Mein besonderer Dank richtet sich an die lokale Presse. Ich hätte mir keine bessere Werbung kaufen können“. Demütig verneigte sich Pimmelkai vor dem Privateigentum, denn dieses ermögliche ihm überhaupt erst, Miethai zu sein. Da crashte ein wütender Mob das glamouröse Event: „Die Häuser denen die drin wohnen!“



Von Esistniegenug schildert empört ihr traumatisches Erlebnis: „Es war grauenvoll – plötzlich waren überall Mieter:innen. Mister Pimmelkai schnürten sie ein wie einen Truthahn“. Die Stimme der Rädelsführerin der Bande von Mieter:innen ertönte durch den gesamten Saal: „Im Kapitalismus ist alles eine Ware – auch unser Zuhause. Das schreit nach gesellschaftlicher Planung statt privater Konkurrenz.“

ARAG

Wie bitte? Noch eine große Straße bauen?

Kopfschütteln löste das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes zur geplanten Reiskirchener Umgehungsstraße aus. „Das darf doch nicht wahr sein, dass heute noch ein derart katastrophaler

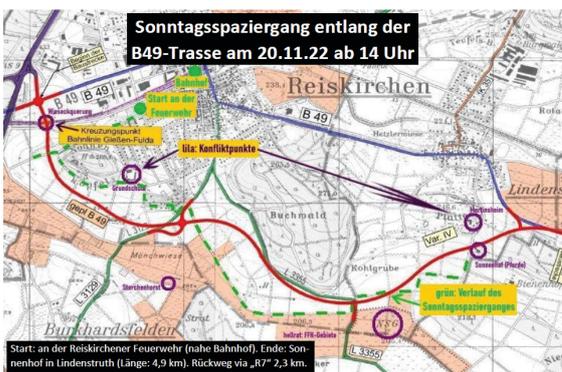
Haltestellen, für bessere Busverbindungen, Verkehrsberuhigung und ein attraktives Fahrradnetz. „Der Ausbau der B49, egal in welcher Variante, wäre ein Schlag in unser aller Gesicht – rücksichtslos gegenüber Mensch und Natur“.

Die Verkehrswende-Aktiven werfen den Befürworter*innen des B49-Ausbaus vor, seit Jahrzehnten den Rad-, Fuß- und öffentlichen Nahverkehr vor allem in Reiskirchen absichtlich vernachlässigt zu haben, um den B49-Ausbau durchsetzen zu können. „Die Verkehrsbelastung in Lindenstruth und Reiskirchen hätte längst

Statt einem Straßenausbau, der jeglicher politischer Debatte um Klimaschutz und Verkehrswende widerspräche und zeigen würde, dass sich die reale Politik um die Beschlüsse von Verfassungsgericht und Pariser Konferenz zum Klimaschutz null interessiert, sollte in die Verbesserung von Fuß-, Rad- und Nahverkehr investiert werden.

„Mit dem Geld für die Straße könnte eine ganze Verkehrswende im Wieseketal finanziert werden,“ heißt es in der Stellungnahme, und: „Der Ausbau der B49 wird noch mehr Autoverkehr erzeugen, der wiederum dann andere Orte belastet – zum Beispiel Grünberg mit dem Nadelöhr an der Höfetranke.“

Jörg Bergstedt



Quelle: projektwerkstatt.de

Eingriff in die geschundene Natur zugelassen wird“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme von Aktiven aus den Verkehrswendegruppen entlang des Wiesektales.

Diese kämpfen in ihren Gemeinden für eine Reduzierung des Autoverkehrs, für die Stärkung der Vogelsbergbahn mit weiteren

durch Verkehrsberuhigung und die Stärkung von Bahn- und Radfahrstrecken verringert werden können – aber das war offenbar gar nicht gewollt.“

Nun solle wertvolle Natur zerstört werden, um die Fehler der Politik durch Beton, Lärm und Luftverpestung auszugleichen.

So, 20.11.2022 14:00-16:00 Uhr
in/bei Reiskirchen: Sonntagsspaziergang auf der Trasse der B49-Südumgehung, Start an der Feuerwehr, Freiherr-vom-Stein-Straße neben dem Bahnübergang
siehe auch:
<https://www.projektwerkstatt.de>

Lauterbachs Klinikkommission: vom OP-Tisch nach Hause



Die von Gesundheitsminister Lauterbach eingesetzte „Kommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“ (siehe *Gießener Echo* 10/2022) hat einen weiteren Bericht mit Empfehlungen vorgelegt. Er lässt für die Zukunft das Schlimmste erwarten. Die Kommission vertritt die Ansicht, in Deutschland seien die Krankenhausaufenthalte viel zu lang, bei kürzeren Liegezeiten könne man mit viel weniger Kliniken auskommen.

Patienten erleben das ganz anders. Sie werden nach einer Operation schon am nächsten oder übernächsten Tag entlassen und müssen sich selbst darum kümmern, wie sie und ihre Wunden versorgt werden. Die Kommission ist dagegen der Ansicht, viele

Patienten könnten ohne eine einzige Übernachtung im Krankenhaus entlassen werden, um die weitere Versorgung könnten sich niedergelassene Ärzte kümmern. Diese sind aber oft sowieso schon überlastet, vor allem auf dem Land.

Fatalerweise wurden kürzlich auch noch die Bedingungen für diese Ärzte verschlechtert. Sie müssen damit rechnen, für neu angenommene Patienten nicht zusätzlich vergütet zu werden.

In Lauterbachs Kommission sitzen eindeutig die falschen Leute, die die Interessen der Patienten und des Klinikpersonals dort nicht vertreten. Im Gesundheitswesen muss es um das Wohl der Patienten gehen, nicht um die wirtschaftlichen Interessen der Kliniken. G.L.

Kernkraftwerke: Scholz trotz den Gesetzen der Physik

Die letzten drei deutschen Kernkraftwerke müssten nach dem Atomgesetz am 31.12. für immer abgeschaltet werden. Ihre letzte technische Sicherheitsprüfung liegt 13 Jahre zurück, ihre Brennelemente sind verbraucht. Wirtschaftsminister Habeck hatte zunächst die Idee, zwei der Kraftwerke als sogenannte Kaltreserve bis zum April für den Fall von Strommangel bereit zu halten. Später hieß es, sie sollten im „Streckbetrieb“ (Weiterbetrieb mit verminderter Leistung) am Netz bleiben.

Der Betreiber warnte, so ein Betrieb sei im Betriebshandbuch nicht vorgesehen, es gebe keinerlei Erfahrung, wie ein solcher Reaktor zu steuern sei. Jetzt hat Kanzler Scholz ein Machtwort gesprochen: Alle drei Reaktoren sollen bis Mitte April 2023 ohne Neuerwerb von Brennstäben weiterlaufen. Aus gutem Grund wird in einem Reaktor alle drei Jahre ein Drittel der Brennstäbe gegen neue ausgetauscht. Ihr spaltbares Uran ist weitgehend verbraucht, an seiner Stelle haben sich Stoffe gebildet, die wegen

ihrer physikalischen Eigenschaften die Regelbarkeit des Reaktors einschränken. Der Weiterbetrieb in diesem Zustand ist von der Betriebserlaubnis nicht gedeckt. Das wegen der bevorstehenden Stilllegung sowieso schon ausgedünnte Bedienungspersonal hat keine Er-

fahrung mit dem Verhalten eines solchen Reaktors.

Hier wird ein Experiment mit unbekanntem Ausgang begonnen. Der Grundsatz „Sicherheit geht vor“ gilt nicht mehr. Aber was solls, wenn was passiert, ist der Russe schuld.

Gernot Linhart



Wahl in Niedersachsen – Wo ist die linke Alternative?

Die schleichende Erosion der bürgerlichen Demokratie verfestigt sich. Auch wenn Ministerpräsident Weil sich als Sieger feiert, hat die SPD verloren. Es ist also kein Sieg der SPD oder gar der von Kanzler Scholz, sondern ein Sieg eines beliebten Politikers - ein Ausdruck der starken Personalisierung von Politik generell.

Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl sank von 2017 bis heute auf 60,3%. Die CDU verlor 5,5% und erzielte mit 28,1% ein historisch schlechtes Ergebnis. Die Grünen steigerten sich um 5,8% auf 14,5%. Umfragen sahen sie allerdings bei über 16%. FDP und Linke schafften den Wiedereinzug nicht. Die AfD gewann 4,7% und liegt bei 10,9%.

Die AfD profitiert von der Preisexplosion und der Angst vor Verarmung. Die Überlegung lag sicher nah, die Linke hätte doch auch profitieren müssen, aber das Gegenteil ist der Fall. Die AfD bietet als

Option eine Rückkehr zur alten BRD des Kalten Krieges an. Für viele Menschen aus der Mittelschicht, welche sich vor sozialem Abstieg fürchten und aufgrund ihres Alters noch eine Vorstellung von dieser Zeit haben, ist dies umso attraktiver, je mehr die Krise des aktuellen Kapitalismus zunimmt.

Die Linke hatte eine Chance, als sie die Perspektive von Systemopposition und sozialer Frage miteinander verband. Zumindest erschien es vielen Wählern so. Auch wenn viele Funktionäre nie etwas anderes vor hatten, als im System anzukommen und im politischen Kasperletheater mitzuspielen.

Die einzige Partei, die noch über Stammwähler verfügt, sind die Grünen. Dies erklärt auch, warum sie Stimmen gewinnen konnten, obwohl ihre Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerichtet ist. Ihre meist besser situierten Wähler sind im Moment von der sozialen Spaltung

CETA – ein schädliches Freihandelsabkommen

Ohne große öffentliche Aufmerksamkeit bereitet die Bundesregierung die Ratifizierung von CETA vor, einem umfassenden Freihandelsabkommen der EU mit Kanada. Das Abkommen wurde 2017 ohne parlamentarische Abstimmung vorläufig in Kraft gesetzt. Nur die darin vorgesehenen privaten Schiedsgerichte zum Schutz privater Investoren wurden zunächst weggelassen.

Der Import von Teersandöl hat sich seitdem verdreifacht. Bei der Förderung dieses klimaschädlichen Öls werden großflächig Urwaldflächen in Mondlandschaften verwandelt. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Klage gegen CETA abgewiesen, die vorläufige Anwendung sei verfassungsgemäß, über die umstrittenen Sonderrechte für Konzerne könne erst entschieden

werden, wenn sie in Kraft seien. Diese Schiedsgerichte, besetzt mit drei Juristen, verhandeln geheim über Klagen von Konzernen, die wegen nationaler Gesetze ihre erhofften Profite geschmälert sehen. Solche Gerichtsentscheidungen haben Staaten schon Milliarden Dollar gekostet und sie haben Gesetze zum Klima-, Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutz verhindert.

Vor 2017 gab es große Proteste gegen CETA. Linke, Grüne, Gewerkschaften und Umweltverbände unterstützten Demonstrationen mit Hunderttausenden Teilnehmern. Am Text des Abkommens wurde seitdem nichts verändert, angeblich sollen einseitige Erklärungen und Texterläuterungen die damals befürchteten Auswirkungen verhindern.



kaum betroffen.

Etwa 40% der Bevölkerung haben sich vom politischen System verabschiedet und sehen keine Alternative. Eine linke Alternative hätte dann eine Chance, wenn sie die grundsätzliche Absage an den Kapitalismus mit einem gesellschaftlichen Gegenentwurf und der sozialen Frage verbände.

Henning Mächerle



CETA tritt erst vollständig in Kraft, wenn es von allen EU-Staaten ratifiziert wurde. Noch besteht die Möglichkeit, das zu verhindern.

Informationen zu CETA unter: www.gerechter-welthandel.org

G.L.

Hartz IV heißt jetzt Bürgergeld

„Hartz IV wird bald der Vergangenheit angehören“ ist aus Regierungskreisen zu hören. Laut Kabinettsbeschluss vom 14.09. wird „Bürgergeld“ das Arbeitslosengeld II (umgangssprachlich Hartz IV) zum Jahresbeginn 2023 ersetzen. Nach Aussagen aus dem Arbeitsministerium soll die neue Grundsicherung „auf mehr Qualifikation, Kooperation und Vertrauen setzen“. Im Umkehrschluss impliziert dies, Arbeitsmarktpolitik habe bisher nach den Prinzipien Abqualifizierung, Drangsalierung und Misstrauen gegenüber den Betroffenen funktioniert - ein Befund, den die Arbeitsmarktforschung, nicht nur anhand eines gigantischen Niedriglohnssektors, bestätigt.

Hartz-IV hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen trotz günstiger Arbeitsmarktentwicklung nicht signifikant verringert. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit mahnte bereits 2015 dringenden Reformbedarf bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen an. Die aktuelle Reform sieht nun mehr Möglichkeiten und Anreize für Weiterbildung vor. Auch der bisherige Vermittlungsvorrang beim Umgang mit Langzeitarbeitslosen soll abgeschafft werden. Das bedeutet, dass Ausbildung und berufsabschlussbezogene Weiterbildung vor einem Aushilfsjob möglich werden.

Das sind kleine Schritte in die richtige Richtung. Dies gilt ebenfalls für die versprochene Erhöhung des Schonvermögens in den ersten 24 Monaten des Bezugs auf 60.000 Euro und die Ankündigung, Bezieher des Bürgergeldes dürften in den ersten beiden Jahren in ihren Wohnungen bleiben. Danach soll jedoch weiterhin überprüft werden, ob die „Wohnsituation angemessen ist“.

Kleine Verbesserungen statt dem großen Wurf: So verhält es sich auch bei dem berüchtigten Prinzip "Fördern und Fordern". Statt Sanktionen abzuschaffen, werden diese lediglich zurückgefahren. Der Kabinettsbeschluss sieht eine sechsmonatige "Vertrauenszeit" vor, in der die Leistungen in der Regel nicht verringert werden.

Mit Einführung des Bürgergeldes wird der Regelsatz um 53 auf 502 Euro erhöht. Gewerkschaften und Sozialverbände bemängeln, ein solcher Betrag werde angesichts galoppierender Inflation das Existenzminimum der Bezieher nicht sichern. Dies hatte die FDP während des Gesetzgebungsverfahrens nicht abgehalten, Erhöhungen komplett abzulehnen. Die Regierungskoalition stritt



Der Moralklempner

also öffentlichkeitswirksam über Maßnahmen, die unzureichend sind oder die keine Verbesserungen bringen. Ungeachtet dessen werden Teile der Ampel mit Einführung des Bürgergelds Wählern gegenüber behaupten, Hartz IV abgeschafft zu haben und stellen gemeinsam mit dem Koalitionspartner beruhigt fest, dem Kind nur einen anderen Namen gegeben zu haben.

Ulf Immelt

»Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.«
Rosa Luxemburg



unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

04.11. und 02.12.2022 um 19 Uhr: Stammtisch im Chamäleon

05.11.2022 ab 10:30 Uhr: Infostand der DKP Gießen, Seltersweg

07.11., 21.11., 05.12. und 19.12.2022 jeweils um 17 Uhr: Kundgebung der SDAJ: "Für Heizung, Brot und Frieden", Marktplatz 15

16.11.2022 um 19 Uhr: Susann Witt-Stahl: "Geschichte, aktuelle Stärke und Einfluss der Faschisten in der Ukraine", Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle (siehe auch unten in der Mitte)

23.11.2022 um 19 Uhr: Gruppenabend / MV DKP GI, Versailles-Zimmer, Kongresshalle

23.11.2022: Redaktionsschluss für das Dezember-Echo

Schon gesehen?

Youtube-Kanal DKP Gießen

<https://www.youtube.com/channel/UCBs3AUvcqZlhaCo7EFPEZA>

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verwantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen, E-Mail: giessen@dkp.de Im Internet: www.giessen.dkp.de

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

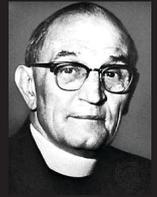
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

(Martin Niemöller)



Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** kürzte die Landesregierung die Mittel für die Gießener Universität. Die Folgen waren ein Baustopp, Einfrieren der Sachmittel, Einstellungsstopp und höhere Mensapreise. Die DKP schloss sich den Protesten dagegen an.

Vor **40 Jahren** begann die US-Armee mit großen Baumaßnahmen im Gießener Depot. Da das Gebiet im regionalen Grünzug liegt, waren die Vorhaben nicht genehmigungsfähig. Die Amis bauten trotzdem weiter. Inzwischen ist die US-Armee weg, die Gebäude zum großen Teil abgerissen. Aber wo damals widerrechtlich gebaut wurde, darf jetzt wieder gebaut werden. Riesige Logistikhallen prägen das Gelände und stören die Frischluftzufuhr in die Stadt.

Vor **30 Jahren** war die Wohnungsnot in Gießen ein Thema. Im Widerspruch dazu beklagte der damalige Vorsitzende der Haus- und Grundbesitzer, Dr. Klaus Ringel, CDU-Stadtverordneter, die angebliche Entspannung am Wohnungsmarkt – es könne nicht mehr jeder Mietpreis

verlangt werden.

Vor **20 Jahren** plante Frankfurt eine Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2012. Für die Regattastrecke war die Lahn zwischen Gießen und Wetzlar im Gespräch, wogegen vor allem Umweltverbände protestierten. Aus der Bewerbung wurde nichts. Jetzt gibt es Pläne für eine Surf-Welle auf der Lahn in Gießen. Mit dieser Schnapsidee beschäftigen sich Magistrat und Oberbürgermeister, die sich eigentlich um wichtigere Dinge in der Stadt kümmern sollten.

Vor **10 Jahren** sprühte jemand auf das in der Nazi-Zeit entstandene Blut- und Boden-Relief an der Mauer der Bergkaserne den Spruch „Scheiß Nazikram“. Nichthübsch, aber berechtigt. Inzwischen wurde das Machwerk aufwendig restauriert und sieht aus wie neu. Stattdessen hätte man es entfernen oder in ein antifaschistisches Mahnmal umwandeln sollen. Das ist nur ein Beispiel für die verfehltene Erinnerungskultur in Gießen.

Gernot Linhart



Am 04. Oktober 2022 referierte der Journalist Reinhard Lauterbach im vollen Kerkrade Zimmer (50 Personen) und online auf einer Veranstaltung der DKP und SDAJ über den Stellvertreterkrieg in der Ukraine. https://youtu.be/N9UZxn_FcJk